

nachrichten

Straffreiheit für Verbrecher

Während sich die Kirche und NGOs für eine Bestrafung und ein internationales Tribunal aussprechen, unterzeichneten der indonesische Präsident Susilo Bambang Yudhoyono und Xanana Gusmao im März 2005 ein Abkommen über die Gründung einer Wahrheits- und Freundschaftskommission, mit welcher der Fokus zukünftig auf Wahrheitsfindung und Vertrauensbildung gelegt werden soll. Anstelle einer gerichtlichen Verfolgung einzelner Täter wollen die Regierungen die institutionelle Verantwortlichkeit hervorheben.

Die Vereinten Nationen richteten dagegen im März 2005 eine dreiköpfige Expertenkommission ein, die unter anderem untersuchen soll, warum die Bestrafung der Täter bisher scheiterte. Nachdem die indonesische Regierung ihnen zunächst die Einreise verweigerte, zeigt sich Jakarta mittlerweile zur Zusammenarbeit bereit. Die indonesische Regierung lehnt ebenso wie die osttimoresische ein internationales Tribunal ab.

vgl. *Lusa*, 9.5.05; *rtr*, 6.4.; *AP*, 11.4.; *Antara*, 26.4.; *International Herald Tribune*, 11.5.05

Streit um Religionsunterricht

Vom 19. April bis 7. Mai 2005 kam es in Dili zu Demonstrationen gegen die Entscheidung der Regierung, den Religionsunterricht in staatlichen Schulen zu einem Wahlfach abzuwerten. Sie weiteten sich zu einem allgemeinen regierungskritischen Protest aus. So riefen die Demonstranten Premierminister Mari Alkatiri, den sie als Diktator bezeichneten, zum Rücktritt auf und nannten die Regierung korrupt. Alkatiri wies die Vorwürfe zurück. Gusmao erklärte, ein Regierungswechsel könne einzig durch Wahlen herbeigeführt werden. Während die Kirche ihre Interessen von der Regierung vernachlässigt sieht, beschuldigte diese die Kirche, wie eine politische Partei zu agieren und die Anti-Regierungs-Proteste initiiert zu

haben, bei denen religiöse Symbole verwendet wurden. Laut Verfassung ist Osttimor ein säkularer Staat. Regierung und Kirche verständigten sich am 7. Mai auf das Festhalten am Religionsunterricht und darauf, den Eltern die Entscheidung über die Teilnahme ihrer Kinder zu überlassen. Es soll zudem eine permanente Arbeitsgruppe aus Vertretern der Regierung, der katholischen Kirche und anderen Religionen eingerichtet werden, die die Implementierung des Abkommens überwachen und sich unter anderem mit den Themen religiöser Werte und interreligiösem Dialog beschäftigen soll.

vgl. *Lusa*, 21. 22.4.05, 9.5.05; *AFP*, 19.4.05; *STL*, 27.4.05 (über *etan.org*); *Timor Post*, 15., 21.4.05;

Medienfreiheit in Gefahr

Die Regierung plant ein neues Mediengesetz, das bei Diffamierung Strafen von bis zu drei Jahren Gefängnis vorsieht. Journalisten fürchten um die Pressefreiheit. Im März 2005 rief Premierminister Mari Alkatiri zum Boykott der Zeitung *Suara Timor Lorosae* (STL) auf. STL hatte über Hungersnöte in mehreren Distrikten berichtet; allein in Ainaro sollen mindestens 50 Menschen verhungert sein. Die Berichte äußerten die Befürchtung, dass die Regierung entlegene Gebiete vernachlässige. Der Mangel an Nahrung wurde von kirchlicher Seite und Nicht-Regierungsorganisationen bestätigt. Manuela Pereira von der Frauenorganisation *Fokupers* sagte, dass in Suai viele gezwungen seien, ihre Häuser zu Schleuderpreisen zu verkaufen. In Oecussi mangelt es an Trinkwasser. Alkatiri bestreitet hingegen, dass in Osttimor Hunger herrsche. Er rief zum Boykott von STL, die er als propagandistisch bezeichnete, auf und verbannte STL-Journalisten von offiziellen Pressekonferenzen. Die Organisation *Reporters Sans Frontières* verurteilte die Methoden Alkatiris als einer demokratischen Regierung unwürdig.

Die Southeast Asian Press Alliance berichtete zudem, STL solle von der Regierung aus ihren Räumen vertrieben werden. Im vergangenen Jahr hatte Alkatiri die Ausweisung eines australischen Journalisten veranlasst, nachdem man bei ihm Informationen über Korruption in Osttimor gefunden hatte.

vgl. *Internews*, 14.4.05; *STL*, 15.4.05; *IPS*, 9.3.05; *Timor Post*, 8.3.05

Bau von Lagerhäusern

Das Landwirtschaftsministerium plant den Bau dreier großer Lagerhäuser für Nahrungsmittel, auf die im Falle einer Naturkatastrophe zurückgegriffen werden kann. Der Landwirtschaftsminister Estanislau Aleixo da Silva erklärte, dieses Vorhaben werde zusammen mit dem World Food Programme und der Food and Agricultural Organization implementiert, um Nahrungssicherheit zu garantieren.

vgl. *Timor Post*, 10.5.05

Beziehungen zu Indonesien

Vom 8. bis 9. April 2005 besuchte der indonesische Präsident Susilo Bambang Yudhoyono (SBY) Osttimor. Trotz der Rücktrittsdrohung Gusmaos im Falle von Demonstrationen kam es am Santa-Cruz-Friedhof, auf dem 1991 das indonesische Militär ein Massaker an friedlichen Demonstranten verübt hatte, zu Protesten, die die Ahndung der Verbrechen von 1999 forderten. Rund 200 Demonstranten sollen von der Polizei an der Teilnahme gehindert worden sein. SBY hofft auf engere Beziehungen und erklärte, dass das indonesische Volk den osttimoresischen Staat respektiere. Seine Regierung werde die Straßenverbindungen sowie wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen zu Osttimor ausbauen. Er bezeichnete Osttimor als »wahren Freund«. Osttimor hatte trotz finanzieller Schwierigkeiten 75.000 US-Dollar für die indonesischen Opfer des Tsunami gespendet. SBY besuchte den Santa-Cruz-Friedhof und legte einen Kranz nieder.

Während des Besuchs unterzeichneten die Außenminister beider Länder ein Grenzabkommen, mit dem 96 Prozent der Grenze festgelegt werden. Die noch fehlenden Gebiete sind aufgrund saisonaler Verschiebungen der Grenzflüsse unklar. Am 21. April 2005 schossen bei einem Zwischenfall osttimoresische Soldaten einen indonesischen Sicherheitsbeamten an. Der indonesische Oberst Amir Hamka Manan beschuldigte Osttimor, den Vorfall geplant zu haben, um Schmuggler zu decken. Die Regierungen wollen Gespräche führen, um den Vorfall zu klären. Der Gesandte der Vereinten Nationen, Dr. Sukehiro Hasegawa, erklärte sich besorgt und schaltete sich in den Dialog ein.

vgl. *Timor Post*, 8., 11., 27.4.05; *Green Left Weekly*, 11.4.05; *STL*, 11.4.05; *Lusa*, 22.4.05; *ABC*, 11.4.05; *Jakarta Post*, 11.4.05, 26.4.05 und 14.5.05